

## **Den Worten müssen Taten folgen: Verfassungsschutzgesetz ändern! Beratung (öffentlich) zum Antrag GRÜNE Drs 14/4235**

**Auszug aus dem Plenarprotokoll 14/59 vom 03.05.2007**

**Dr. Karsten Rudolph** (SPD): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Kollege Biesenbach, Sie haben über weite Strecken am Thema vorbeigeredet.  
*(Beifall von den GRÜNEN – Monika Düker [GRÜNE]: Richtig!)*

Denn das, was Sie mit Internet beschreiben, das machen unsere Verfassungsschützer mit dem entsprechenden rot-grünen Gesetz, was schon vor einigen Jahren von diesem Landtag verabschiedet worden ist; im Übrigen – wenn ich mich richtig erinnere – gegen den ein oder anderen heftigen Widerstand der FDP. Aber so ist sie ja nun einmal.

Ich glaube, dass die letzten Tage noch einmal gezeigt haben, dass der Innenminister dieses Landes längst zu einer schweren Belastung für die Koalition und selbst für die eigene Partei geworden ist.

*(Christof Rasche [FDP]: So ein Quatsch!)*

Nun kann man sagen, dass das für sich genommen noch nicht so schlimm wäre, testete er nicht gleichzeitig die Grenzen der Belastung unserer Sicherheitsbehörden und unserer Verfassung permanent aus. Und das zeigt sich in der Debatte längst: Der Innenminister hat nicht nur die Balance verloren zwischen Sicherheit und Freiheit, er baut beides unbeirrt ab. Die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger unseres Landes gefährdet er durch Kürzungen im Innenhaushalt 2006 und 2007 und durch praxisferne und die Polizeiarbeit behindernde Organisationsreformen. Die Freiheitsrechte der Bürger baut er ab durch ein Verfassungsschutzgesetz, in dem der Große Lauschangriff weiterhin vorgesehen ist und in dem die Online-Durchsuchung so geregelt ist, dass sie sämtlichen liberalen und freiheitlichen Maßstäben widerspricht.

Wenn Sie sich die Verfassungsbeschwerde von Gerhart Baum einmal angesehen haben, werden Sie festgestellt haben, dass allein gegen die Online- Durchsuchung eine Vielzahl von Bedenken geltend gemacht wird. Danach verletzt das vom FDP-Innenminister zu verantwortende Verfassungsschutzgesetz das Zitiergebot, das Gebot der Normenklarheit, die Menschenwürde und den Kernbereich privater Lebensgestaltung und die Unverletzlichkeit der Wohnung,

*(Beifall von den GRÜNEN)*

um nur einige wenige Kritikpunkte zu nennen.

Was wir gerne erfahren würden, Herr Minister, ist: Wie stellen Sie sich zu der Kritik? Wie stellen Sie sich zu dieser Verfassungsbeschwerde? Denn wir wollen schon gerne wissen, welche Politik hier eigentlich vertreten wird. Gilt das, was in der Verfassungsbeschwerde steht und von dem früheren FDP-Bundesinnenminister Baum vorgebracht wurde und wird? Gilt das, was der FDP-Innenminister in Nordrhein-Westfalen sagt? Oder gilt das, was die FDP auf ihren Landesparteitagen beschließt?

Wo ich den Kollegen Papke jetzt gerade so amüsiert hier sehe – jetzt wissen wir eigentlich auch alle, was Herr Papke meinte, als ihn die „Westfälische Rundschau“ vom 23. April mit den Worten zitierte:

„Wer einen von uns angreift, hat automatisch die ganze Fraktion und die gesamte Partei am Hals.“ Jetzt haben wir Sie angegriffen, Herr Minister, und prompt haben Sie die eigene Partei am Hals,

*(Beifall von SPD und GRÜNEN)*

und das auch noch so sehr, dass der Kollege Biesenbach und die CDU Sie schützen müssen. Das ist schon interessant.

Wir sind uns alle darin einig, liebe Kolleginnen und Kollegen, dass der Innenminister keine gute Figur macht und politisch in seinem Amt überfordert ist.

*(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Nicht nur der!)*

Bezeichnenderweise besitzen die Koalitionsfraktionen nicht einmal mehr die Kraft, sich auf einen gemeinsamen Entschließungsantrag zu verständigen. Damit signalisieren sie uns und der nordrhein- westfälischen Öffentlichkeit: Dieser Kraftaufwand lohnt sich für diesen Innenminister offensichtlich nicht mehr.

*(Beifall von den GRÜNEN – Zuruf von Dr. Robert Orth [FDP])*

– Ja, es geht noch darüber hinaus. Das signalisiert zweitens: Sie finden in der nordrheinwestfälischen Innenpolitik inzwischen zu keiner gemeinsamen Linie mehr. Das nennt man – das habe ich noch gut im Ohr – Streitkoalition, eine Streitkoalition, die Innenpolitik wie aus der Apostelgeschichte betreibt. Sie redeten über dieses und jenes und wussten nicht mehr, warum sie zusammengekommen waren. Das ist Ihre Innenpolitik in und für Nordrhein-Westfalen.

*(Beifall von SPD und GRÜNEN)*

Was können wir nun gemeinsam tun, damit die nordrhein-westfälische Innenpolitik zu einer soliden, berechenbaren und verfassungsfesten Linie zurückkehrt?

Erstens. Wir raten Ihnen dringend, das Gesetz zurückzunehmen und einen neuen, die Parteigrenzen überwindenden Anlauf zu nehmen. Ich sage Ihnen: Es würde sonst für Sie noch peinlicher kommen, wenn Sie Ihr Karlsruher Urteil erhalten und dann mit einem neuen Gesetz vor dieses Landesparlament treten müssten.

Zweitens. Ich rate Ihnen, die Sicherheitsbehörden in ihrer praktischen Arbeit zu stärken. Deswegen: Stoppen Sie den Personalabbau bei der Polizei! Nehmen Sie die globalen jährlichen Haushaltskürzungen in diesem Bereich zurück! Investieren Sie stattdessen 3 % mehr in die Sicherheit unseres Landes!

Der dritte Rat: Da will ich gerne Schiedsrichter sein bei dem Streit, wer eigentlich das größere Sicherheitsrisiko im Kabinett sei. Die einen sagen, das einzige Sicherheitsrisiko sei die Justizministerin. Die anderen sagen, nein, das stimme nicht, das größte Sicherheitsrisiko im Kabinett sei der Innenminister.

*(Edgar Moron [SPD]: Also haben wir zwei!)*

Ich glaube, es sind zwei, es sind beide. Mein Vorschlag zur Güte ist: Lassen Sie uns beide benennen. Dann liegen wir auf jeden Fall alle gemeinsam richtig. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

*(Beifall von SPD und GRÜNEN)*

**Präsidentin Regina van Dinker:** Danke schön, Herr Dr. Rudolph.